



# Callcenter für alle

Angela Merkel möchte Callcenter für alle. Was die Wirtschafts-Experten der Parteien möchten, erfuhr die SCOUT Redaktion von Gregor Gysi (DIE LINKE), Fritz Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen), Garrelt Duin (SPD), Joachim Pfeiffer (CDU) und Rainer Brüderle (FDP).

Laut einer Studie der Forschungsgruppe Wahlen sind rund 60 Prozent der Wahlberechtigten der Ansicht, daß Angela Merkel den Kurs der Bundesregierung zu wenig vorgibt. Insgesamt wird die Arbeit der Bundesregierung als schlecht bewertet – obwohl sich Deutschland im Wirtschaftsaufschwung befindet. Zugeschrieben wird der Aufschwung nicht der schwarz-gelben Koalition, sondern der Weltwirtschaft. Gibt es eigentlich einen Mr. Weltwirtschaft oder zumindest einen deutschen Mr. Wirtschaft? Nicht zu verwechseln mit Mr. Euro. Dieser Titel gebührt nämlich, laut Wikipedia, Wim Duisenberg, der von 1998 bis 2003 Präsident der Europäischen Zentralbank war. Könnte sich eventuell Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle angesprochen fühlen? Immerhin hat er, mit seiner Weigerung dem Autobauer Opel, oder besser, dem US-Konzern General Motors Staatshilfen zu gewähren, Deutschland Schulden erspart.

Ah, vielleicht lieber doch nicht. Bescheidenheit steht schließlich jedem gut. Aber was ist eigentlich mit unserer aller Kanzlerin. Ist sie nicht dabei das Führungstief zu verlassen? Tut sie nicht alles, um die Bürger glücklicher zu machen? Immerhin überraschte sie die Öffentlichkeit im letzten Jahr mit dem Start des „Bürgertelefons 115“ in Berlin, Köln/Bonn und dem Rhein-Main-Gebiet. Über zehn Millionen Menschen kommen bereits in den Genuss dieses Services. Wer oder was steckt eigentlich hinter diesem Lichtblick in Sachen Bürokratie-Abbau? Natürlich Callcenter-Agenten, die im Auftrag der Bundesregierung die telefonischen Anfragen der Bürger beantworten. Über ihre Computer greifen sie auf eine Datenbank mit den 150 häufigsten Fragen zurück. Sollten sie dort keine Antwort finden, wird die Anfrage weitergeleitet – innerhalb von 24 Stunden bekommt der Kunde einen Rückruf, ein Fax oder ein E-Mail. Es soll sogar Bürger geben, die sind von diesem Service

begeistert. „Ich wusste garnicht, daß die Behörde über so ausgeschlafenes Personal verfügt“, konnte man schon mal hören. Hat die Kanzlerin die Sonne in die Verwaltung gelassen – vielleicht sogar Daniel Sonne, den freundlichen, kompetenten und serviceorientierten Callcenter-Mitarbeiter?

Das Prestigeprojekt der Kanzlerin sollen ab 2014 alle Bundesbürger genießen: Schnell und kompetent. Trägt die Kanzlerin auf einmal modern? Was ist eigentlich mit dem Einsatz von modernen Kommunikationssystemen, wie Sprachautomation? Fehlanzeige! „Die Bürger reden nicht gerne mit einem Sprachcomputer“. „Das ist eine Vertrauensfrage“, ließ sich Hans Bernhard Beus, Staatssekretär des Innenministeriums und IT-Beauftragter der Bundesregierung, gerne zitieren. Apropos Vertrauen. Einige Branchenkenner wollen gehört haben, daß die Bundesregierung bereits an einer Kombination von persönlicher Beratung und Automatisierungstechnik arbeitet. Was denn nun?

Seit 2010 ist übrigens der IT-Beauftragte weiblich – Cornelia Rogall-Grothe heißt die Neue. Sie wollen wissen, was aus Herrn Beus – dem Chef des Bürgertelefons – geworden ist. Ja was wohl? Der sitzt bereits wieder bei seinem ehemaligen Dienstherrn Wolfgang Schäuble im Bundeseinsparministerium. Aber was beschäftigt unseren vertrauensbildenden Bundeswirtschaftspolitiker. Zur aktuellen Wirtschaftslage befragte die SCOUT-Redaktion prominente Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien. Gregor Gysi (Fraktionschef DIE LINKE), Fritz Kuhn (stell. Fraktionschef Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Joachim Pfeiffer (Wirtschaftspolitischer Sprecher, CDU/CSU), Garrelt Duin (wirtschaftspolitischer Sprecher, SPD) und Rainer Brüderle (Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, FDP).



**SCOUT: Ist das Ende der Wirtschaftskrise absehbar? Ist Deutschland auf dem Weg zur alten Stärke?**

**Gysi (DIE LINKE):** Deutschland profitiert in erster Linie von einem starken Anstieg der Exporte, auch dank der Konjunkturprogramme anderer Länder, während die Binnenwirtschaft weiterhin stagniert. Der deutsche Exportboom ist fragil, denn wenn die Konjunkturprogramme in den anderen Ländern auslaufen und – wie in den USA – das wirtschaftliche Wachstum wieder sinkt, fällt der Konjunkturmotor Ausfuhr als entscheidende Wachstumsgröße aus.

**DIE LAGE IST NACH WIE VOR  
U N S I C H E R .**

Ein Ende der Wirtschaftskrise ist noch nicht absehbar, die Finanz- und in deren Folge die Staatsschuldenkrisen in zahlreichen Industrieländern sind noch nicht überwunden. Die Lage ist nach wie vor unsicher.

**Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen):** Die guten Wachstumswahlen des zweiten Quartals 2010 können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die strukturelle Krise in Deutschland noch lange nicht überwunden ist. Denn die schwarz-gelbe Bundesregierung blockiert weiterhin die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft. Die Zukunft liegt bei den Erneuerbaren Energien. Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wirkt wie eine Bremse für deren Ausbau. Solche Maßnahmen verringern langfristig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

**Duin (SPD):** Deutschland ist besser durch die Krise gekommen als viele unserer europäischen Nachbarn. Das deutsche

System der Krisenbewältigung hat sich bewährt. Dazu zählten die Einführung der Kurzarbeit und ein hohes Maß an Konsens und Kooperation der Tarifparteien ebenso wie die von der großen Koalition unter maßgeblicher Beteiligung der SPD verabschiedeten Konjunkturprogramme, darunter etwa die bekannte Abwrackprämie oder die Förderung der Gebäudesanierung. Aber es bleiben Risiken, insbesondere für unsere stark exportorientierte Wirtschaft. Die Erholung in den USA und auch in Japan ist keineswegs so weit fortgeschritten wie bei uns. Deshalb müssen wir aufpassen, daß wir Maßnahmen und Programme nicht zu früh zurückfahren. Leider sieht der Bundeswirtschaftsminister dies anders.

**Pfeiffer (CDU):** Die seit dem 1. Januar 2010 wirkende Konjunkturlilfe, umfasst rd. 23,3 Mrd. €, also etwa 1 Prozent des BIP. Das ist die größte Entlastung, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland je gab. Die konjunkturelle Belebung in Deutschland mit sinkenden Arbeitslosenzahlen und wieder wachsenden Exporten ist ein ermutigendes Signal. Im Vergleich zum Vorquartal legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von April bis Juni real um 2,2 Prozent zu und damit so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Auch wenn die aktuellen Meldungen auf eine weitere Konjunkturbelebung hindeuten, darf dies nicht den Blick darauf verstellen, daß wir in diesem Jahr immer noch die höchste Neuverschuldung der Nachkriegszeit haben. Das heißt: Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung bei der Haushaltskonsolidierung. Oberste Priorität muss es daher sein, solide Staatsfinanzen zu schaffen. Aber wenn wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren und konsequent weiterverfolgen, hat Deutschland die realistische Chance, nachhaltig gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

**Brüderle (FDP):** Den Tiefpunkt der Krise im Winterhalbjahr 2008/ 2009 haben wir inzwischen deutlich hinter uns gelassen. ►►



Die deutsche Wirtschaft hat sich schneller erholt, als uns das viele zugetraut haben. Im zweiten Quartal dieses Jahres ist sie so stark gewachsen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Das Wachstum wird sich nach allen Prognosen fortsetzen, wenn auch in etwas moderaterem Tempo. Wir haben exzellente, innovative Unternehmen und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Wir werden jetzt die Weichen so stellen, daß Deutschland auch den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Bildung und Qualifizierung, richtige Anreize für Leistung und Beschäftigung, mehr Wettbewerb und weniger Staatseingriffe sind dabei zentrale Themen.

**SCOUT: Der Osten Deutschlands hat gegenüber dem Westen niedrigere Wirtschaftszuwachsraten. Müssen wir uns damit abfinden, daß der Aufholprozess des Ostens zu Ende ist?**

**Gysi (DIE LINKE):** Wir dürfen uns schon allein aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht damit abfinden, sondern müssen eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West anstreben. Wer sich mit dem bestehenden Ost-West-Gefälle abfindet, hat diesen Kampf bereits aufgegeben – zum Nachteil vieler Menschen in den neuen Bundesländern.

Das hätte darüber hinaus gravierende negative Folgen, denn vor allem junge, qualifizierte Arbeitskräfte gingen in die alten Bundesländer, und es gäbe mangels fehlendem Humankapital noch weniger Anreize für Unternehmen, in Ostdeutschland zu investieren. Um die Abwärtsspirale aufzuhalten, sind mehr öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung ebenso notwendig wie eine Angleichung der Löhne und Gehälter.

Die europäische Wettbewerbsfähigkeit basiert hauptsächlich auf den wettbewerbsfähigen industriellen Kapazitäten in den alten Bundesländern. Auch in dieser Hinsicht hat der Osten einen erheblichen Nachholbedarf.

## WIR DÜRFEN DEN OSTEN NICHT ALS SONDERWIRTSCHAFTSZONE BETRACHTEN

**Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir dürfen den Osten nicht als Sonderwirtschaftszone betrachten. Jede Region in Deutschland hat ihre Eigenheiten. Es gibt im Osten auch Leuchttürme wie Potsdam, Jena oder Dresden. Andererseits gibt es auch im Westen strukturschwache Regionen. Wir müssen im Osten wie anderswo in der Republik auf eine selbsttragende Entwicklung setzen und die vor Ort vorhandenen Potentiale bergen. Ich habe dazu mit meinen Kollegen aus den neuen Bundesländern grüne Impulse für Ostdeutschland formuliert. Dabei ist die Innovationsförderung der wichtigste Impuls. Die größten Potentiale sehe ich bei den erneuerbaren Energien, dem nachhaltigen Tourismus und der Gesundheitswirtschaft.

**Duin (SPD):** 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist der Osten Deutschlands ein großes Stück vorangekommen. Auch bei der wirtschaftlichen Erholung macht der Osten Fortschritte – Berlin liegt beispielsweise beim Wirtschaftswachstum derzeit ganz vorn mit dabei. Das ändert jedoch nichts daran, daß es im Osten Deutschlands weiterhin große Probleme gibt. Der demografische Wandel wird die Situation in Teilen noch verschärfen. Deshalb müssen wir den Osten weiter fördern bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019.

**Pfeiffer (CDU):** Im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung erwirtschaftete Ostdeutschland pro Einwohner gerechnet ein Drittel dessen, was Westdeutschland schaffte. Inzwischen ist die Wirtschaftsleistung immerhin auf 70% des Westniveaus gestiegen. Den höchsten Wert erreichte zuletzt Sachsen. Verkleinert sich der wirtschaftliche Abstand zwischen Ost und West im gleichen Tempo wie bisher, schließen die ostdeutschen Bundesländer kurz nach dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 zu den wirtschaftlich schwächeren Ländern im Westen auf. Das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Westen ist als Messlatte schon deshalb zu hoch gelegt, weil in den neuen Ländern Finanz- und Wirtschaftsmetropolen wie Frankfurt oder Hamburg fehlen, die überdurchschnittliche Wirtschaftsleistung erzielen. Hoffnungsträger für die Wirtschaft im Osten sind die sogenannten Industrie-Cluster, also regionale Industrie Ansammlungen die sich gegenseitig befruchten, weil vor Ort die Lieferwege kurz sind und weil dort ein besonderes Know-how entsteht, beispielsweise über Kooperationen mit Hochschulen, spezialisierten Forschungseinrichtungen und Ingenieurbüros, aber auch, weil Fachkräfte vergleichsweise einfach zu finden sind. Insgesamt ist keine Kopie der westdeutschen Strukturen gefragt, sondern es muss sich eine tragfähige, für Ostdeutschland passende Unternehmenslandschaft herausbilden, die nicht dauerhaft auf Transfers angewiesen ist.

**Brüderle (FDP):** Der Aufholprozess in Ostdeutschland geht weiter. So ist in den letzten Jahren die Wirtschaft in den ostdeutschen Ländern regelmäßig stärker gewachsen als in Westdeutschland – derzeit stehen wir bei 73% der Wirtschaftsleistung des Westens. Großes Potential haben in meinen Augen das verarbeitende Gewerbe, aber auch die unternehmensnahen Dienstleister. Die Wettbewerbsfähigkeit vieler ostdeutscher Unternehmen zeigt sich in ihren innovativen Produkten und zunehmenden Exporterfolgen.

**SCOUT: Halten Sie die Solidaritätsabgabe angesichts des wachsenden Steueraufkommens noch für zeitgemäß?**

**Gysi (DIE LINKE):** Die Solidaritätsabgabe, einst für den Aufbau Ost konzipiert, ist ohnehin Bestandteil des gesamten Steueraufkommens des Bundes. Sie könnte durch eine sozial gerechte Steuerreform entfallen, bei der der Spitzensteuersatz erhöht, die Vermögenssteuer wieder eingeführt und eine



Bankenabgabe sowie eine Finanztransaktionssteuer beschlossen werden.

**Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen):** Man muss wissen, daß der Solidaripakt bis 2019 schrittweise ausläuft. Der Solidaritätsbeitrag wird trotzdem weiterhin erhoben. Der Finanzminister plant bereits mit dem zusätzlichen Geld. Wir Grüne wollen hingegen den Soli in einen Bildungssoli umwandeln, um gezielt in bessere Bildung zu investieren. Denn Bildung sichert nicht nur langfristig unseren Wohlstand, sondern fördert auch Integration und Chancengerechtigkeit in unserem Land.

**Duin (SPD):** Wie bereits gesagt, ist der Osten Deutschlands nicht über den Berg. Das heißt nicht, daß wir die Augen verschließen dürfen für die Probleme strukturschwacher Gegenden im Westen – eine Herausforderung, die zu SPD-Regierungszeiten mit dem Programm Stadtbau West erfolgreich angegangen wurde. Der Soli ist jedoch weiterhin berechtigt. Ich möchte ein funktionierendes Allgemeinwesen. Doch die chronische Unterfinanzierung zeigt an vielen Stellen ihre Spuren.

**Pfeiffer (CDU):** Der Solidaritätszuschlag ist ein prozentualer Zuschlag auf die individuelle Einkommenssteuerschuld, momentan liegt er bei 5,5 Prozent. Die Einnahmen gehen an den Bund und sollen helfen, die Kosten der deutschen Einheit zu decken.

Er ist aber keine Dauereinrichtung. Nach 30 Jahren sollte Ostdeutschland auf eigenen Beinen stehen können.

**Brüderle (FDP):** Der kräftige Wirtschaftsaufschwung führt aktuell zu steigenden Steuereinnahmen. Das ist erfreulich und hilft uns, das hohe Haushaltsdefizit abzubauen. Die Spielräume für Steuerentlastungen werden wir uns aber vor allem durch Sparen bei den Staatsausgaben erarbeiten müssen. Hier liegt noch eine erhebliche Wegstrecke vor uns. Welche Veränderungen wir am Steuersystem genau vornehmen werden, müssen wir dann zu gegebener Zeit entscheiden.

**SCOUT: Wo sehen Sie Deutschlands Wirtschaftskraft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern in einem, in fünf und in 10 Jahren?**

**Gysi (DIE LINKE):** Die Wirtschaftskraft beruht auf einer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit und exorbitant hohen Exportüberschüssen. Eine schwache Binnen Nachfrage wird dafür billigend in Kauf genommen. Diese wird aber auch durch zu niedrige Löhne und Gehälter verursacht. Damit wiederum verursacht Deutschland große Handelsbilanzungleichgewichte und sieht sich wachsender Kritik aus den europäischen Staaten und den USA ausgesetzt.

Notwendig wäre ein Abbau der hohen Exportüberschüsse und eine Stärkung der Binnenwirtschaft durch höhere Lohnzuwächse, einen Abbau prekärer Beschäftigung

zugunsten sozialversicherungspflichtiger Vollzeit Arbeitsplätze, durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und eine Anhebung der Hartz IV-Regelsätze sowie durch öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehr, Infrastruktur und regenerative Energien.

**Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen):** Wenn wir die entsprechenden Leitplanken für eine ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft setzen, haben wir gute Chancen, daß Deutschland auch in Zukunft Wachstumsmotor in Europa ist. Die größten Wachstumspotentiale liegen bei der Umwelt- und Effizienztechnik. Hier ist Deutschland auch dank des rot-grünen Erneuerbare-Energien-Gesetzes gut aufgestellt. Die schwarzgelbe Koalition verspielt jedoch unseren Vorsprung in diesem Sektor. Die Regierung setzt stattdessen lieber auf die Verhinderung von Mindestlöhnen. Aber über die Löhne sind wir nun mal nicht konkurrenzfähig. Wir müssen stattdessen auf effiziente und qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen setzen.

**Duin (SPD):** Prognosen bewegen sich immer auf extrem wackeligem Terrain. Ich denke aber, daß wir insgesamt vergleichsweise gut aufgestellt sind. Deutsche Produkte sind gefragt, und wir haben uns einen starken industriellen Kern unserer Wertschöpfung bewahrt. Außerdem haben wir wichtige Sozial- und Arbeitsmarktreformen bereits hinter uns, und ich persönlich finde, wir müssen sehr genau aufpassen, daß wir hier um der politischen Stimmung Willen nicht alles wieder zurückdrehen, etwa bei der Rente mit 67. Insgesamt ist die Basis für wirtschaftlichen Erfolg im europäischen Vergleich jedoch gut.

**Pfeiffer (CDU):** Im Vergleich zu anderen, vor allem europäischen, Ländern ist Deutschland sehr gut durch die Krise gekommen. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt entwickelte sich bedeutend besser als befürchtet, statt der befürchtet 5 Millionen Arbeitslosen waren es nur knapp über 3 Millionen. Vor allem half das von der Bundesregierung verlängerte Kurzarbeitergeld den Unternehmen, trotz schlechter Auftragslage Entlassungen zu vermeiden. Das rettete mehrere hunderttausend

Anzeige

## TNT MARKETING

*Predictive Dialer und Kommunikationslösungen*

*... damit Ihre Umsätze explodieren*

www.tntmarketing.de | 0211 – 361899-00



Arbeitsplätze. Unsere Nachbarn beneiden uns um den Aufschwung. Überall sonst in Europa gibt es nur minimales Wachstum. Auch in Übersee stagniert die Wirtschaft: die Amerikaner klagen über Konjunkturschwäche, ebenso die Japaner. Die Wirtschaftskrise hat das System der Sozialen Marktwirtschaft auf die Probe gestellt: Doch das Zusammenspiel von Politik, Unternehmen und Sozialpartnern hat funktioniert. Das Geschäftsmodell Deutschland hat sich bewährt.

Aber auch mittel- bis langfristig hat Deutschland trotz der demographischen Herausforderung die Chance, in Europa an der Spitze zu stehen. Hierfür müssen wir in Bildung und Forschung investieren, die Alterserwerbstätigkeit erhöhen und die Integration vorantreiben, damit auch Kinder mit Migrationshintergrund eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.

**Brüderle (FDP):** Deutschland ist aktuell die Wachstumslokomotive Europas, und ich hoffe, daß das auch so bleibt. Wir haben aber natürlich ein großes Interesse daran, daß die Wirtschaft auch bei unseren europäischen Nachbarn wieder in Schwung kommt. Entscheidend sind aber die langfristigen Wachstumsfaktoren. Hier haben wir gute Voraussetzungen, unsere Position weiter auszubauen. Das Davoser Weltwirtschaftsforum sieht uns im weltweiten Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit ganz vorn auf Platz 5, von den EU-Ländern liegt nur Schweden davor. Wir haben in Deutschland sehr leistungsfähige, weltweit erfolgreiche Unternehmen. Die Wirtschaft wird getragen von einem breiten Mittelstand. Die Arbeitnehmer sind sehr gut ausgebildet. Der Arbeitsmarkt ist durch die Reformen deutlich flexibler geworden. Die Beziehungen unter den Sozialpartnern sind traditionell von einem konstruktiven Grundverständnis geprägt. Forschung und Entwicklung in Deutschland erbringen Spitzenleistungen. Allerdings müssen wir die Herausforderungen der nächsten Jahre aktiv angehen. Wir müssen zum Beispiel dafür sorgen, daß das Wachstum nicht durch einen Mangel an Fachkräften ausgebremst wird und daß der Umbau der Energieversorgung zu den erneuerbaren Energien mit wirtschaftlicher Effizienz und bei Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit gelingt. Insgesamt bin ich zuversichtlich, daß wir in den nächsten 10 Jahren zusammen Einkommen und Wohlstand mit unseren Partnern in der EU weiter steigern werden.

### **SCOUT: Was würden Sie heute Existenzgründern und Jungunternehmern als Starttipp mit auf den Weg geben?**

**Gysi (DIE LINKE):** Voraussetzung für eine erfolgreiche Existenzgründung ist eine genaue Analyse der Marktchancen und -risiken und ein plausibles Unternehmenskonzept für die kommenden Jahre. Zweitens müssen die Kreditinstitute vom Erfolg des eigenen Unternehmens überzeugt werden. Und drittens erfordert der Start in die Selbstständigkeit sehr viel Engagement, Durchsetzungsstärke und langen Atem und keine Scheu vor dem unternehmerischen Risiko.

**Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen):** Setzen Sie auf ökologisch nachhaltige Produkte und Dienstleistungen, denn die Märkte der Zukunft sind grün.

**Duin (SPD):** Ich glaube der wichtigste Tipp ist, sich vorher genau im Klaren zu sein, worauf man sich einlässt, persönlich wie finanziell. Bin ich der Typ für Selbständigkeit, habe ich eine Geschäftsidee, die trägt, und bekomme ich das notwendige Kapital? Und ganz wichtig ist: mit anderen darüber sprechen, mit Freunden, Verwandten, anderen Selbständigen, mit Beratungsstellen, etwa bei den IHKs. Deren Hinweise sind häufig sehr wertvoll, wenn es darum geht, die Machbarkeit des Geschäftsvorhabens realistisch einzuschätzen.

**Pfeiffer (CDU):** Die christlich-liberale Koalition macht aus Deutschland ein Gründerland. Mit einer Gründerkampagne sorgen wir dafür, daß Jungunternehmer bessere Finanzierungsbedingungen erhalten. Dazu werden die Angebote im Bereich der Mikrokredite, der Business-Angels und des Wagniskapitals verbessert. Darüber hinaus treiben wir den Bürokratieabbau konsequent voran, um die Rahmenbedingungen insgesamt zu verbessern. Der enge Zusammenhang zwischen Existenzgründungen und Wirtschaftswachstum ist in Deutschland lange Zeit vernachlässigt worden. Länder, in denen mehr Menschen das Wagnis der Selbstständigkeit eingehen, sind auch in puncto Wirtschaftsleistung Spitze. So ist jeder fünfte Ire Unternehmer. Entsprechend positiv hat sich das Wachstum zuletzt entwickelt; Zuwachsraten von mehr als 6 Prozent waren kein Einzelfall. Gründung bedeutet einerseits ein höheres Risiko, birgt andererseits aber auch die Chance, mit innovativen Ideen und Produkten erfolgreich zu sein. Darüber hinaus hat man die Möglichkeit, seinen beruflichen Alltag zu gestalten. Gründung ist die beste Saat für Wirtschaftswachstum, Deutschland braucht Unternehmergeist. Daher kann ich jedem, der sich selbst gut motivieren und auf unregelmäßige Arbeitszeiten einlassen kann, nur raten, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen.

**Brüderle (FDP):** Gründerinnen und Gründer packen an und bringen frischen Wind in unsere Volkswirtschaft. Die Entscheidungen und Weichenstellungen in der Startphase sind dabei meist maßgeblich für eine erfolgreiche Gründung. Deshalb ist eine sorgfältige und umfassende Vorbereitung auf die Selbstständigkeit unerlässlich. Insbesondere mit einem gut durchdachten Businessplan sind viele Fragen bereits in der Planungsphase zu beantworten. Fehlerquellen lassen sich so frühzeitig ausräumen. Wer über den Schritt in die Selbstständigkeit nachdenkt, sollte unsere umfangreichen Informations- und Beratungsangebote nutzen. Gründungen stehen für Ideen und Innovationen, für neue Produkte und Dienstleistungen. Sie sind unsere Zukunft.



## SCOUT: Sind staatliche Konjunkturprogramme und Wettbewerb nicht Gegensätze?

**Gysi (DIE LINKE):** Nein. Konjunkturprogramme erfolgen idealiter in wirtschaftlichen Krisenzeiten, in denen private Investitionen ausbleiben. Öffentliche Investitionen in Zukunftstechnologien, in Bildung, Infrastruktur und Wachstumsbranchen können zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

**Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen):** Nein, nicht unbedingt. Entscheidend an Konjunkturpaketen sind drei Dinge: Erstens müssen sie qualitativ gut gemacht sein, sie müssen Anreize setzen, um die Struktur einer Volkswirtschaft nachhaltig ökologisch zu modernisieren. Darin liegt die Chance einer Krise. Zweitens müssen sie am Ende der Krise auch wieder abgestellt werden. Konjunkturprogramme dürfen nicht zu dauerhaften Subventionen werden. Drittens muss der Staat die gemachten Schulden mit den Steuereinnahmen aus der modernisierten Branche zurückzahlen.

**Duin (SPD):** Klar ist: staatliche Konjunkturprogramme dürfen nicht wettbewerbsverzerrend sein. Deshalb ist darauf zu achten, daß die Förderung entsprechend ausgestaltet ist. Gleiches gilt, wenn der Staat verstärkt als Nachfrager auftritt, etwa bei Bauaufträgen für die Sanierung von Schulen oder Straßen. Ist all dies gewährleistet, gibt es aus meiner Sicht jedoch für den Staat keinen Grund, weswegen er keine konjunkturellen Impulse geben sollte, wenn es die wirtschaftliche Gesamtlage erfordert.

**Pfeiffer (CDU):** Besondere Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Auch in der Politik. Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise war das Eingreifen der Regierung teuer, aber alternativlos. Die Union hat es geschafft, durch Stabilisierung mit den Konjunkturprogrammen Vertrauen zu schaffen. Jetzt, wo sich Deutschland auf dem Wachstumspfad befindet, muss sich der Staat zurückziehen. Nur so können wir langfristig ein selbsttragendes Wachstum erreichen. Neben den Maßnahmen einer wachstumsorientierten modernen Regulierung im Bereich „Post und Telekommunikation“ werden wir mit intelligenten neuen Produkten weitere Arbeitsplätze schaffen. Auch in den Bereichen Bahn, Strom und Gas und insbesondere im Energiebereich werden wir uns in neuen Sphären bewegen.

**Brüderle (FDP):** Richtig ist, daß Konjunkturprogramme nicht zur Dauereinrichtung werden dürfen. Das überfordert die öffentlichen Haushalte und erhöht den Schuldenberg. Außerdem benachteiligen Programme, die sich an einzelne Unternehmen und Branchen richten, diejenigen, die ohne staatliche Hilfe auskommen; der Wettbewerb würde dauerhaft Schaden nehmen. Richtig ist aber auch, daß in der Finanzkrise ein Zusammenbruch der Wirtschaft verhindert werden musste. Da jetzt der Aufschwung beginnt tragfähiger zu werden, brauchen wir die Krisenprogramme nicht mehr und lassen sie auslaufen.

**SCOUT: Frau Künast sagte nach der Bundespräsidentenwahl Frau Merkel würde mutlos regieren. Angela Merkel hätte nach der Wende nur einmal in der Politik richtig Mut bei eigenem Risiko gezeigt und zwar als sie als CDU-Generalsekretärin entschied, die Union müsse sich vom System Helmut Kohls lösen. Was empfehlen Sie heute der Union und was Frau Angela Merkel?**

**Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen):** Die Union und Frau Merkel sollten aufhören, Politik gegen die Mehrheit der Menschen in unserem Land zu machen: Sei es beim Atomdeal, wo die großen Energieversorger auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung einen Reibach machen oder bei Stuttgart 21, wo gegen den Willen der Bürger ein Wahnsinnsprojekt durchgeboxt werden soll. ■



### Matthias Pawlowski

SCOUT Chefredakteur und geschäftsführender Gesellschafter der Public Affairs – Government Relations GbR, Berlin

Aber auch mittel- bis lang fristig hat Deutschland trotz der demographischen Herausforderung die Chance, in Europa an der Spitze zu stehen.

Joachim Pfeiffer (CDU)

Außerdem haben wir wichtige Sozial- und Arbeitsmarktformen bereits hinter uns, und ich persönlich finde, wir müssen sehr genau aufpassen, daß wir hier um der politischen Stimmung Willen nicht alles wieder zurückdrehen, etwa bei der Rente mit 67.

Garrelt Duin (SPD)

Die Wirtschaft wird getragen von einem breiten Mittelstand. Die Arbeitnehmer sind sehr gut ausgebildet. Der Arbeitsmarkt ist durch die Reformen deutlich flexibler geworden.

Rainer Brüderle (FDP)

Wenn wir die entsprechenden Leitplanken für eine ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft setzen, haben wir gute Chancen, daß Deutschland auch in Zukunft Wachstumsmotor in Europa ist.

Fritz Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)

Notwendig wäre ein Abbau der hohen Exportüberschüsse und eine Stärkung der Binnenwirtschaft durch höhere Lohnzuwächse...

Gregor Gysi (DIE LINKE)